

**“Rettet Krupp - Rheinhausen muß leben!”**

**“Unsere Region muß leben!”**

## **EIN TROSTLOSER APPELL AN DIE ALLGEMEINHEIT, DER NICHTS EINBRINGT**

5

10

15

“Rettet Krupp”? Wie soll das eigentlich gehen, daß der Kruppsche Stahlstandort Rheinhausen erhalten bleibt, wenn das Gewinnemachen die einzige Marschroute des Unternehmens ist und auch von allen maßgeblichen Leuten für das einzig Vernünftige angesehen wird? Denn das darf man den Politikern, die entschieden besorgt in Rheinhausen vorbeikommen, schon abnehmen, daß sie zwar auch für so etwas wie Erhaltung des Stahlstandorts wirklich eintreten, sonst aber längst entschieden haben, daß ohne Gewinne keine Arbeitsplätze zu haben sind. Worauf will die Forderung nach Rettung von Krupp sich eigentlich berufen, wenn es überhaupt kein Geheimnis ist, daß bisher die Stahlarbeiter in Rheinhausen für die Gewinne von Krupp ihre Arbeiten hatten und jetzt wegen der Gewinne von Krupp entlassen werden?

20

25

Das Argument soll sein, daß so viel von dem Stahlstandort Krupp in Rheinhausen abhängt, die Stadt, die ganze Region. Der Appell hält es doch glatt nicht für ausreichend, daß 3.500 Stahlarbeiter entlassen werden um dagegen zu protestieren und Forderungen aufzustellen. Er setzt darauf, daß der Hinweis auf die Betroffenheit von größeren Einheiten, der Stadt und der Region, von allen möglichen Leuten, vom Taxifahrer bis zum Bürgermeister, mehr Eindruck machen werde in der Chefetage von Krupp, mehr Druck erzeugen werde in Stadt und Land gegen die Entscheidungen des Stahlkonzerns. Das ist gleich eine doppelte Illusion: Erstens ist ja längst entschieden, wer von wem abhängt, daß also Krupp bestimmt, was läuft, und nicht die Taxifahrer und Bäcker. Zweitens sollte man doch nicht vergessen, daß Bürgermeister und andere Parteistrategen der Stadt oder der Region keineswegs mit Dienern an der arbeitenden Menschheit zu verwechseln sind. Denen macht doch nur die ausbleibende Gewerbesteuer, der steigende Sozialkostensatz Sorge, und dann noch die Frage, wie sie ihre nächste Wahl deichseln.

30

So macht in Rheinhausen Not keineswegs erfinderisch. Im Gegenteil: In der Berufung auf die Stadt, auf das Revier, die leben, weiterleben sollten wie bisher, kommt nur zum Ausdruck, daß man sich nichts anderes vorstellen kann für sich und die nächsten Generationen als ein Leben im Dienst und als Anhängsel von Krupp.

35

Bettelei hat noch nie zu etwas geführt. Wie soll ausgerechnet ein solch bescheidener Antrag die Anwendung der anerkannten Prinzipien der freien Marktwirtschaft verhindern? Denn mehr als ein frommer Wunsch, als das Vorzeigen von Bescheidenheit ist die Parole vom Revier, das nicht sterbe soll, nicht. Mit der fatalen Konsequenz, daß man sich angesichts der drohenden Not nichts Besseres mehr vorstellen kann als den bisherigen Zustand. Ach wär’s doch weiter so wie gestern!

“Stahl und Kohle, unsere Arbeit, müssen hier noch weiterglühn, weiterglühn zum Wohl der Menschen, unser Land darf nicht verblühn. “ (Chor der Fraueninitiative Rheinhausen, zur Melodie der Nationalhymne)

5 Da muß man sich schon entscheiden, ob man im Gedenken an Deutschlands Edel-  
Industriezentrum Ruhr rührselig werden will und sich davon erbauen lassen will, daß alle, selbst  
Blüm und Rau, mitsingen. Oder ob man der Tatsache ins Auge sieht, daß Kohle und Stahl, das  
Revier, Deutschland nicht für die Menschen gedacht sind. Wie es der Fall Rheinhausen gerade  
zeigt.

10

### ***DIE SÜPPCHENKOCHER SIND AM WERK***

15 Mittlerweile gehört es für Politiker aller Schattierungen und manch anderen hohen Herren aus  
Gewerkschaft, Kirche und Gesellschaft zum guten Ton, Rheinhausen mit ihrem Besuch zu  
beehren. Es ist ihnen allemal eine Reise wert, den Mahnwache schiebenden Arbeitern ihre  
ausdrückliche Solidarität zuzusichern. Sie spenden Beileid, denken sich eine Rede lang in die  
Sorgen der Betroffenen hinein und bieten manch “guten Dienst” zur “Bewältigung der Probleme”  
an. Weit von sich weisen diese Herren den Verdacht, sie würden ihr politisches Süppchen auf dem  
Protest der Entlassenen kochen, wenn sie darum wetteifern, wer als erster morgens zur  
20 Frührschicht den Betroffenen seine Aufwartung macht. (Die Presse ist wie zufällig immer dabei.)

### ***Z.B. SPD-Politiker***

25 Was haben denn diese rosaroten Vögel den Arbeitern zu bieten, wenn sie - voller Ehrfurcht vor  
den geboten erscheinenden Sanierungsbedürfnissen des Stahlkapitals - mit der “Forderung” auf-  
kreuzen, “Stahlstandorte im Kern zu erhalten”?

Im Kern vermelden sie nur eines: Was sein muß, muß sein. Dazu bieten sie den Trost, daß wegen  
einer Werksschließung Duisburg noch lange nicht aufhört, mit vollstem Recht “Stahlstandort” zu  
heißen. Dafür steht Oppositionsführer Vogel gerade. Und dafür gibt er die Parole aus: “Den Kampf  
durchstehen!”

30 Ohne falsche Scham zeigen die SPDler, was ihnen an der Empörung der Arbeiter so gut gefällt.  
Sie läßt sich als Belegmaterial ausschlachten für den üblichen Vorwurf an die Regierung in Bonn,  
sie greife in Sachen Stahlpolitik in Bonn und anderswo nicht genügend durch. Wer das nationale  
Gut “Deutscher Stahl” verantwortungslos aufs Spiel setzt, wenn er regiert, ist allein  
verantwortlich. Und das heißt unter demokratischen Politikern soviel wie: “Er gehört durch mich  
35 abgelöst.” Wer da wen unterstützen soll, kriegen die Arbeiter von Landesvater Rau zu hören: “Ich  
bin gekommen, um von euch Stahlarbeitern Rückenwind gegen Bonn zu kriegen.” Umgekehrt  
schiebt sich nichts mit “Rückenwind”, weil man in der Landesregierung ein armes Würstchen ist  
und Bonn untergeordnet: “Die Musik wird in Bonn bestellt” und “die Staatskassen in Düsseldorf  
sind leer.”

40 Damit ist eins klargestellt: SPD und Landesregierung sind für die sozialen Härten, die Krupp  
wegen einer “verfehlten Stahlpolitik in Bonn” den Arbeitern aufnötigt, am allerwenigsten

verantwortlich zu machen. Diese Experten für "soziale Wärme" stellen sich ganz selbstverständlich auf die Seite der Opfer, um ganz viel Verständnis für die "Sorgen und Nöte" einer Landesregierung einzustreichen. Die kann nämlich wegen lauter wirtschaftlicher "Sachzwänge" auch nicht so, wie sie gern wollte. Was diese Partei könnte, wäre sie in Bonn die Nr. 1, sagt sie auch noch. Sie vertritt genau wie ihre christliche Konkurrenz den Standpunkt des wirtschaftspolitischen "Realismus" und will einen "nationalen Stahlverbund", "um zu einer geordneten Anpassung von Überkapazitäten" zu kommen. Es macht ihr gar nichts aus, ein Programm als Alternative auszugeben, das von Krupp, Thyssen und Mannesmann unter Anteilnahme der Regierung schon vollzogen wird. Der Vorteil des SPD-Konzepts für die Arbeiter: Die Betroffenen "wissen endlich, woran sie sind". (Jochimsen)

### **Z.B. Blüm (CDU)**

Auch dieser nette Herr sagt sehr offen, daß er über seinen Beistand keine Illusionen verbreiten will. "Keine Standortgarantien", lautet die Devise aus Bonn. Regierende Politiker respektieren Kapitalisten so sehr, daß sie deren Gewinnrechnungen als "Sachzwang" ausgeben. Aber die Unternehmer mit Nachdruck an ihre "soziale Verantwortung" mahnen - "Arbeitgeber" lautet ja bekanntlich deren Berufsbezeichnung -, das will sich auch ein Blüm nicht entgehen lassen, wenn er seinerseits Ohnmachtsbekenntnisse am laufenden Band vom Stapel läßt: "Ich habe kein Patentrezept. Alle müssen sich an einen Tisch setzen und Modelle für den Erhalt von Arbeitsplätzen entwickeln." Nur keinen Streit! Und das Beste ist, wenn die Opfer der Entlassungen ihre Vertreter zu den Tätern schicken und betrübt die eine Hälfte der Arbeitsplätze retten, weil die andere Hälfte wegfällt.

So setzt sich Arbeitsminister Blüm bei seinen Auftritten im Revier äußerst karrierewirksam in Szene. Er erntet Bewunderung dafür, daß er sich regelmäßig auspfeifen läßt, wenn er den versammelten Arbeitern nichts als die "ungeschminkte Wahrheit" vor Augen führt. "Angesichts der Sorgen und Nöte der Menschen im Revier" wehrt er sich entschlossen gegen "billige parteipolitische Polemik" - und bringt so sein politisches Schäfchen ins Trockene.

Diese Tour beherrschen auch jene Politiker, die in den Niederungen der Kommunalpolitik "Verantwortung tragen":

### **Z.B. die Bürgermeister**

"Wenn man einmal von dem drohenden Schicksal der betroffenen Menschen absieht, dann ist dies auch für die Stadt schlimm. Die Sozialkosten sind schon heute völlig aus den Fugen geraten",

läßt sich Duisburgs OB vernehmen.

Klar, so ein OB weiß eben genau, daß demnächst ein paar Arbeitslose mehr Sozialhilfe und öffentliche Armengelder beantragen müssen. Ein Problem für die Leute? Im Gegenteil: ein Problem für das Stadtsäckel! Daß eine Stadt vom Erfolg ihrer Wirtschaft lebt und unter ihren Ausgaben für die Leute leidet, das muß doch auch mal gesagt werden. Auch so kann man sich als Politiker des "drohenden Schicksals der betroffenen Menschen" annehmen. Man bespricht sie als

“kommunales Problem” auf öffentlichen Kundgebungen, gibt sich als total mitfühlender Verwalter ihrer Heimat und beweist so, wie solidarisch man mit den Betroffenen ist.

### **Z.B. Steinkühler und Co**

5 Von Berufs wegen vertritt dieser Mann die Stahlarbeiter; deswegen kann er rückhaltlos seine gewerkschaftliche Linie an den Mann bringen.

10 “Mit heißem Herzen und kühlem Kopf” hieß das Motto, unter das der IGM-Vorsitzende seine Rede zu den protestierenden Arbeitern stellte. Ein “heißes Herz” für die “berechtigte Empörung” der lieben Kollegen über die “menschenverachtende” Pläne der Konzerne Krupp, Mannesmann und Thyssen, mehr als 5. 000 Arbeitsplätze “plattwalzen” zu wollen - ein “kühler Kopf” zum Nachrechnen der betrieblichen Kalkulationen, an denen nun einmal, laut Steinkühler, kein Weg vorbeiführt. So “menschenverachtend” findet er die nämlich gar nicht, als daß er es nicht begrüßen würde, wenn sich die Kollegen realistisch auf die Unternehmensmaßnahmen einstellen:

15 “Zum Realismus gibt es viele Gründe - zur Resignation aber keinen einzigen” - das ist doch mal ein Kampfauftrag an die Arbeiter und so richtig nach dem Geschmack der IG Metall! Aufregen und empören dürfen und sollen sich die Arbeiter schon, dafür bekommen sie den nötigen Respektserweis ihres Vorsitzenden, aber das “Augenmaß für das Machbare”, das bringt ihnen ihre Gewerkschaft schon bei.

20 “Ich kann nicht überall gleichzeitig sein, denn es brennt überall” beschied Franz die Rheinhausener, die sich wunderten, wieso er erst so spät den Weg aus den Aufsichtsräten zu den Betroffenen fand. *Ihr* Anliegen sei zwar berechtigt, *sein* Auftrag jedoch von weit gewichtigerem Kaliber - lautete seine Auskunft. Opfer, was nicht zuletzt der Fall Rheinhausen beweist, gibt es überall zu betreuen, weil die Gewerkschaft keines vermeidet. Immerhin muß sich der Vorsitzende pünktlich zu Stahlrunden im Kanzleramt einfinden, um aus “nationaler Verantwortung”, versteht sich, mit den Herren aus Politik und Wirtschaft die Marschroute der fälligen “Strukturanpassung” der Stahlindustrie festzulegen...

### **Z. B. die Pfaffen,**

30 die es sich schon wegen ihres Auftrags von höchster Stelle nicht verkneifen können, den Stahlarbeitern zu ihrer Not noch ihren Segen zu geben. Schon immer hat die Kirche an jedem gesellschaftlichen Elend schmarotzt. Und sie fühlt sich wegen Rheinhausen prompt berufen. Nicht ganz zu Unrecht. Was sich schön daraus ersehen läßt, daß sie den Gewerkschaften die Schau stiehlt. Gottesmänner haben für Dienst, für brave, ehrliche und darüber arm gebliebene Leute immer viel übrig. Wenn dem Dienst die Anerkennung, ja sogar die blanke Betätigung versagt wird, wittern sie Sünde, Not und Ungerechtigkeit und finden es himmelschreiend. Das Lob des rechtschaffenen Knechrs, der nichts dafür kann, was mit ihm angestellt wird, posaunen die Pfaffen ins Revier - und finden jede Menge Publikum, das ihnen zuhört, weil es von seiner Unschuld ebenfalls überzeugt ist und auch von allen anderen Stellen diese fromme Botschaft zu hören bekommt. „Beten und betteln!“ lautet die Parole an der Ruhr, weil Ohnmacht und Hilflosigkeit, die 40 Menschen so wunderbar verbindet und jeden in seinem Amt bestätigt: die einen als Opfer, die

anderen in der Last der Verantwortung, die sie zu tragen haben, aber nie und nimmer aus der Hand geben wollen.

Das mögen auch die Vertreter der politischen Macht gerne, die zum Arbeitslosengottesdienst anreisen und angesichts der Betroffenheit ihres Arbeitervolks ganz ergriffen sind. An der  
5 ,ohnmächtigen Wut‘ der demonstrierenden und protestierenden Bevölkerung gefällt den Pfaffen wie dem Bundespräsidenten sowieso die Ohnmacht mehr als die Wut.

Sachdienlicher Hinweis: Dieses Flugblatt kommt garantiert nicht aus der Staatskanzlei, von einem Bundesminister, aus dem Rathaus, aus einem Gewerkschaftsbüro und schon gar nicht vom heiligen Geist. Oder sonst einem Vogel.

10

Eine Frage geistert durchs Ruhrgebiet

### **WAS TUN?**

15 Jedenfalls nicht bloß Trauergottesdienste abhalten und auf die nächsten Bundestagswahlen warten. Das bringt weniger als gar nichts. Besuch vom Fernsehen und eine Menschenkette unter Aufsicht gewerkschaftlicher Sozialarbeiter? Was das bringt, hat man schon an Hattingen sehen können. Noch ein Fackelzug? Oder ein Protestmarsch nach Bonn? Oder erst nach Düsseldorf? Mahnwachen als neue Dauerstellung?

20 Daß das alles die Stimmung der Betroffenen verändert und hebt, ist nicht bestreitbar. Ebenso wenig aber auch das Ergebnis solcher Veranstaltungen. Nach gar nicht so langer Zeit ist es mit den Klage- und Protestveranstaltungen vorbei, und die Betroffenen können ihren Schaden zusammenzählen.

Jeder weiß, daß das alles irgendwie nichts taugt. Aber jeder fragt sich: Was denn sonst?! Und  
25 niemandem fällt etwas gründlich Besseres ein.

Und zwar aus einem guten - oder vielmehr: aus einem schlechten Grund.

Denn im Grunde fragt sich ein jeder bloß: Was kann man als “Kruppianer”, was können Lohnarbeiter überhaupt dagegen tun, daß ihr Unternehmen sie rausschmeißt: Und darauf gibt es nur eine ehrliche Antwort: Solange sie nicht mehr wollen, als Lohnarbeiter bleiben - *gar nichts!*

30 Natürlich, man kann sich beschweren, man kann protestieren, man kann vielleicht sogar zwei bis drei Brammen auf die Autobahn schmeißen. Aber wenn das alles nur dazu führen soll, daß die Firma ein Einsehen hat und eine Werksschließung unterläßt - *dann* führt die schönste Erbitterung und die größte Radikalität zu *gar nichts*. Denn solange Arbeiter *bloß Dienst tun* wollen, haargenau so lange können sie überhaupt *nichts erzwingen*. Wie sollte das denn auch gehen? Einen  
35 Geschäftsmann dazu zwingen, daß man *ihm nützen* darf?!

Daß im ganzen Ruhrgebiet niemandem ein gescheiter Kampf einfällt; daß alle sich fragen: Was tun: und keiner eine überzeugende Antwort hat - das liegt eben gar nicht an den *Methoden*, also daß die *richtige Methode* noch nicht entdeckt wäre. Das liegt an dem *Zweck*, für den protestiert und “Widerstand geleistet” werden soll. *Der Zweck* selbst ist *zu bescheiden*: Deswegen gibt es

nichts, was Arbeiter - egal ob Kruppianer oder Bergleute - dafür *tun* könnten, so daß etwas Gescheites herauskommt.

Andersherum: Die Methode eines erfolgreichen Kampfes, das "Was tun?", ist gar kein so grundsätzliches Problem mehr, wenn der Zweck in Ordnung geht. Der muß allerdings schon ein  
5 ganzes Stück *unbescheidener* ausfallen, damit der Kampf um den Lebensunterhalt überhaupt an den Grund des Übels heranreicht, also auch etwas Entscheidendes bewirken kann. Wenn schon, denn schon! Wenn es schon *u m den Lebensunterhalt* geht, dann muß es auch *gegen das Dienst-*  
10 *verhältnis* gehen, von dem hierzulande der Lebensunterhalt von Lohnarbeitern abhängt. Wenn es schon *u m Existenzsicherheit* geht, dann muß es auch *gegen den kapitalistischen Reichtum* gehen, der die Arbeit kommandiert, also über die Existenz der Arbeiter verfügt und sie unsicher und wenig glanzvoll macht. *Darunter* braucht man als Lohnarbeiter gar nicht anzufangen. Radikale Bittsteller sind lächerliche Figuren.

*Wenn Arbeiter e s ernst meinen mit ihrem Lebensunterhalt*; wenn sie es ernst meinen mit dem *Kampf* um ihren Lebensunterhalt, den die Unternehmerseite ihnen erklärt hat - und der hört ja  
15 überhaupt nicht auf, wenn ein paar Rheinhausener nach Huckingen übergesiedelt sind; er hat ja auch gar nicht erst mit Rheinhausen oder Hattingen angefangen! -, *dann*

- lassen sie sich ihren Protest nicht mehr von systemtragenden Staatsmännern, Gewerkschaftlern und Kirchenleuten ausrichten.

- geben sie sich nicht mehr her für die Wählerstimmenkonkurrenz der demokratischen Parteien.

20 - stockt der Verkehr im Ruhrgebiet nicht nur so lange, wie es die Polizei erlaubt; dann stockt nämlich vor allem der freie Kapitalverkehr.

- bekommen die Belegschaften anderer Betriebe nicht bloß kurze nette Solidaritätsbesuche.

- gibt es keine Ruhe mehr, bis *genügend* Dienstkräfte des Kapitals (ob das nun Thyssen, Opel oder sonstwie heißt) sich im klaren und einig sind über das *einzig lohnende Ziel* eines "Aufruhrs an der  
25 Ruhr", der *dann* wirklich einer ist: Dann

- kündigen sie ihren Dienst am "Wirtschaftswachstum", ihre Abhängigkeit vom Welterfolg des Kapitals.

Wenn Lohnarbeiter es ernst meinen mit ihrem *Kampf gegen die Herrschaft der Geschäftsbilanzen*, dann setzen sie nicht mehr auf das Wohlwollen ihrer "Arbeitgeber" und auf das berechnende  
30 "Verständnis" von Politikern und auch nicht mehr auf die Weisheit einer gewerkschaftlichen Kapitalförderung namens Tarifpolitik.

Und dann stellt sich die Frage "Was tun?" *ganz anders!*

## 35 **WAS SCHULDET DIE NATION DEN STAHLARBEITERN? ODER: WAS IST AUS BONNEN ZU ERWARTEN**

Kaum hatten die geschäftstüchtigen Manager von Krupp ihre Entscheidung verkündet, war auch schon der Ruf nach dem Staat zu vernehmen. Der Konzern hält Rheinhausen für nicht mehr

rentabel, Arbeit und Lohn einiger Tausend sind damit überflüssig - und schon scheint es unter den Betroffenen wie bei der Gewerkschaft völlig klar zu sein: Dies ist ein Fall für die Regierenden, in Düsseldorf und Bonn.

5 Ist das wirklich klar? Ist es in der Bundesrepublik mit ihren 2,5 Mio. Arbeitslosen üblich, daß die Politik einspringt, wenn das Kapital Leute ausmustert? Gehört es zu den Pflichten der Regierung, Lohnabhängige vor den rücksichtslosen Kalkulationen der Unternehmer zu retten? Sind vor den Stahlkochern in Rheinhausen nicht schon genug andere enttäuscht worden in der Hoffnung, die politische Macht würde sich auf ihre Seite schlagen?

10 Kein Zweifel! Von einer "Sicherung der Arbeitsplätze" ist zwar viel zu hören, und zwar immer dann, wenn entlassen wird, aber hinten und vorn nichts zu sehen. Und das hat einen einfachen Grund: Dieser Staat hat für die Rentabilität "seiner" Unternehmen enorm viel übrig, so viel, daß er die dafür fällige Arbeitslosigkeit gleich mit organisiert wozu gibt es denn eine Zwangsversicherung für diesen "Ernstfall" im Leben der Lohnabhängigen?

15 Soweit wäre alles klar, wenn nicht bei jeder Entlassung die Forderung, der Staat müsse sie vermeiden, mit besonders guten Gründen daherkäme. Die haben es dann in sich, weil sie den Politikern nicht mehr eine Pflicht, sondern ihr eigenes Interesse vorrechnen. In und um Rheinhausen heißt dieses Interesse schlicht

## **Stahl**

20 Und soviel stimmt daran sogar: Dem Staat ist es ein nicht unbedeutendes Anliegen, daß es eine nationale Stahlproduktion gibt. Nur versteht er darunter etwas anderes als die, die davon leben, daß sie von Berufs wegen Stahl kochen müssen, um was zu verdienen. Stahl läßt er - wie alles andere auch - als *Geschäftsartikel* herstellen, und das heißt unter der Regie von erfolgreichen Unternehmen. Einen Mangel an diesem Grundstoff der nationalen Industrie hat er dabei nie feststellen brauchen. Wenn mehr davon zu verkaufen war, ist auch die Produktion gesteigert worden. Daß jetzt *z u viel* hergestellt wird, merkt er wie seine Lieblingsbürger, die Unternehmer, an den Bilanzen. Was nicht bezahlt wird auf dem Markt, wird offenbar nicht gebraucht - Bedarf ist, was sich rentiert. Nur rentabler Stahl ist gute Ware, für die sich dann auch eine Conti-Schicht lohnt.

30 An dieser kapitalistischen Grundrechnungsart ändert sich auch dadurch nichts, daß per Montan-Union, EG, also durch internationale Vereinbarungen über die nationale Branche "Stahl", das Geschäft gefördert wird. Eine Aufteilung von Quoten auf die verschiedenen Länder ist nicht wegen der Arbeiter vorgenommen worden, sondern für das Geschäft. Und sie zeugt davon, daß die beteiligten Politiker nicht das Problem haben, ob auch fleißige und bescheidene Stahlkocher genug von dem Stoff herstellen können. Vielmehr davon, daß das Stahlgeschäft unter Anleitung und Förderung des Staates *zuviel* für seine *Gewinnrechnung* produzieren läßt.

40 Insofern ist es schon sehr verkehrt, ausgerechnet beim Stahl so zu tun, als hätte der Staat *ein anderes Interesse* als Krupp, Thyssen und Co. Womöglich mehr Interesse an Arbeitsplätzen als die "kalten Rechner" in den Chefetagen der Konzerne. Freilich - Politiker lassen gerne den Eindruck ent- und bestehen, ihnen ginge es ganz anders als den Kapitalisten nicht nur um Geld, sondern

auch um "Menschen". Denen sagen sie allerdings sehr eindeutig Bescheid. Den Glauben, daß ihre *Macht* über die Republik und ihre Einwohner doch ganz gut geeignet wäre, um etwas *für die Betroffenen* zu tun, weisen sie zurück. Mit der Beteuerung der *Ohnmacht*, an dem Geschäft etwas zu ändern, die Profitrechnung zu korrigieren, die sie in Kraft setzen und für das freiheitlichste aller Systeme ausgeben. *Weil* der Stahl für die Nation als Geschäfts- und Exportartikel so wichtig ist, sind sie für jede Rationalisierung, für jede Schicht und für jede Entlassung - eben immer für das *Nötige*. Das drücken sie so aus, daß sie stets das *Mögliche* tun, wenn sie von den Opfern des Geschäfts reden.

LEKTION 1: Aus Bonn ist nichts zu erwarten - und somit bleibt die Nation den Stahlarbeitern nichts schuldig!

### **WAS SCHULDEN DIE STAHLARBEITER DER NATION? ODER: DIE HETZE GEGEN DIE AUSLÄNDISCHE KONKURRENZ**

Wenn es darum geht, *Entlassungen als unvermeidlich hinzustellen*, lassen sich deutsche Vorstandssprecher und Politiker stets ein Argument ganz besonders gerne und häufig einfallen: Sie schimpfen auf die Konkurrenz, die auswärts und zusammen mit dem dortigen Staat auf das Stahlgeschäft scharf ist. Den gesetzlich geschützten Kapitalismus wollen sie damit nicht schlechtmachen, aber die *Entschuldigung*, daß es andere genauso treiben wie sie und ihnen deshalb die Entlassungen einfach nicht erspart bleiben, gefällt ihnen sehr. Die Forderung nach Erhaltung von Arbeitsplätzen, die das Interesse der Nation für die Belange der Arbeiter in Anspruch nehmen will, kommt ihnen dabei sogar sehr gelegen. Sie entnehmen ihr nur eines: den Glauben, daß deutsche Stahlkocher beim deutschen Stahl bestens aufgehoben seien, bzw. sein müßten. Das Kompliment, als "Arbeitgeber" für den Lebensunterhalt der Lohnabhängigen zuständig zu sein, nehmen Unternehmer und von der freien Marktwirtschaft begeisterte Staatsmänner freudig an - gerade weil sie wissen, daß bei "Beschäftigung" wie bei Entlassungen der deutsche Stahl seine Erfolge auf Kosten der Arbeiter vollstreckt.

So lassen sie die verlogene Gleichung von Arbeiterinteressen und Stahlgeschäft gelten und zeigen auf ihre Weise, daß nicht sie, sondern fremde Kapitalisten und Staatsmänner schuld sind, wenn diese Gleichung ein frommer Wunsch bleibt. Das sitzt:

Erstens gibt es an der Konkurrenz zu bemäkeln, daß bei ihr die Zusammenarbeit von Unternehmern und Staat *unfair* organisiert wird. "Subventionen", also staatlich finanzierte Gewinne, halten dort ein Geschäft aufrecht, das gegen Krupp sonst gar keine Chance hätte, aber dennoch an "unserer" Stelle den Markt besetzt. Man mag gar nicht fragen, welche Marktanteile Krupp - und zwar mit stattlicher staatlicher Unterstützung - *denen* bestritten hat - und zwar durch Rationalisierung, durch Investitionen, die auch schon manche Entlassung bewirkt haben. Rheinhausen ist ja wohl nicht der erste Fall von Einsparung an Arbeitskräften! Unter den Tisch fällt auch, daß Krupp sein Geschäft gemacht hat, Kapital vermehrt wurde und aus dem "fairen" deutschen Unternehmen ganz und gar nicht der Seufzer zu vernehmen ist, aus Bonn solle auch ein wenig zugeschossen werden. Die *Entscheidung*, das im Stahl verdiente Kapital anderswo



anzulegen, weil es sich mit der Maloche an Hochöfen nicht mehr rentiert, ist eben in eine *Not* übersetzt, die andere vom selben Schlag zu verantworten haben. Daß “die Franzosen” oder sonst wer mit ihren Subventionen ebenfalls einen flotten Teil ihrer Lohnabhängigen ruinieren, weil sie - mit Blick auf das deutsche Ausland - genauso auf Kosten von Arbeitsplätzen konkurrenzfähig bleiben bzw. werden wollen, spielt da schon gar keine Rolle mehr.

Die Botschaft ist eindeutig, und jede dieser kleinen Überlegungen wäre nur störend: Die “eigene” Firma, die einen gerade entläßt, ist selbst ein Opfer. Nämlich von Kapitalisten, die im Ausland dasselbe machen wie Krupp hier *und* die dort auf Deutschland schimpfen, sooft sich ihre Arbeiter beschweren.

Zweitens ist die Hetze gegen das Ausland nicht nur grundlos und eine erlogene Entschuldigung der Betriebsstilleger. Sie ist vor allem Propaganda gegen die Interessen der eigenen Belegschaft: Die Rheinhausener sollen, wenn sie schon auf die Rücksicht deutschen Stahlgeschäfts angewiesen sind, diese Abhängigkeit auch ernst nehmen. Wer irgendwie auf der *Gemeinsamkeit* des Betriebs und seiner nützlichen Idioten besteht, hat seinem Unternehmen auch nicht in die Quere zu kommen - weder beschäftigt noch wegen der fälligen Entlassung. Wer meint, im deutschen Stahl läge sein Wohl und Wehe, hat sich auch danach zu richten, was das Stahlkapital und die Nation für angemessen halten für ihre Durchsetzung auf dem Weltmarkt. Die einen mit Schichten, daß es kracht, die anderen mit ihrer Entlassung, weil ihr Lebensunterhalt der deutschen Wirtschaft nichts nützt. Ein anständiger, ehrlicher deutscher Arbeiter bewährt sich um so mehr als Nationalist, je härter ihm seine Herren zusetzen.

LEKTION 2: Die Nation verlangt von den Stahlarbeitern alles. Sie haben für die Erfolge des deutschen Stahls einzustehen, solange sie ihn für ihre Sache halten. Auf dessen Gedeih und ihr Verderb!

### **OFFENER BRIEF VON RAU, BLÜM UND BANGEMANN AN DIE STAHLARBEITER VON RHEINHAUSEN**

Liebe Rheinhauser/innen,

Wir sind betroffen von den anstehenden Massenentlassungen bei Krupp - mindestens genauso wie Ihr. Denn Ihr verliert bloß Euren Arbeitsplatz und macht Euch Sorgen um die Zukunft Eurer Familien. Wir dagegen müssen die politische Verantwortung tragen. Und als verantwortungsbewußte Politiker haben wir prinzipiell vollstes Verständnis für all die menschlichen Schicksale, die Entlassungen nun mal mit sich bringen. Dasselbe Verständnis, das wir schon bei den Massenentlassungen der Vergangenheit an den Tag gelegt haben, werden wir auch Euch nicht vorenthalten. Das versprechen wir Euch!

Dafür müßt Ihr aber einsehen, daß Eure Arbeitsplätze nicht zu retten sind. Ihr habt das Glück, in unserer freien sozialen Marktwirtschaft leben zu dürfen. Daß das das beste aller denkbaren Wirtschaftssysteme ist, haben wir Euch ja oft genug erklärt. Deswegen rechnen wir jetzt auch - schon im Namen des sozialen Friedens - mit Eurer Vernunft, wenn Ihr es jetzt mit ein paar Schattenseiten unserer hervorragenden Wirtschaft zu tun bekommt.

Die Schattenseiten des Arbeitsalltags habt Ihr doch bisher auch sehr gut weggesteckt. Rückblickend müssen wir sagen, wir sind stolz auf Euch! Ihr habt ja recht, wenn Ihr immer wieder betont, daß ihr jedesmal den Karren aus dem Dreck geholt habt, wenn das Kapital mehr Profit gewollt hat. Schönen Dank auch! Denn im Vertrauen - zu wenig Profit, das ist der einzige  
5 Dreck, in den der kapitalistische Karren geraten kann.

Ihr habt zu jeder Tages- und Nachtzeit für Krupp gearbeitet, ohne groß auf den Lohn zu schauen. Ihr habt jede geforderte Arbeitsleistung und jede Arbeitsbedingung hingenommen, ohne mit Eurer Gesundheit kleinlich zu sein. Das ist ein starkes Stück - ein starkes Stück Deutschland! Wirjedenfalls sind prächtig damit gefahren - Euer Landesvater, Euer Sozialminister, Euer  
10 Wirtschaftsminister.

Jetzt verlangt der Fortschritt des Kapitals eine Werksschließung. Wir Staatsmänner verlassen uns felsenfest darauf, daß Ihr auch diesen Karren wieder aus dem Dreck zieht. So ist das nämlich in unserer sozialen Marktwirtschaft vorgesehen. Das ist gemeint, wenn im Grundgesetz steht: Eigentum verpflichtet. Es ist die verdamnte soziale Pflicht der Unternehmen Leute zu entlassen,  
15 damit wieder mehr Gewinn rausschaut. Was denkt Ihr denn, wofür es in jedem Bundesland einen extra Minister für Soziales und Elend gibt?!

Ihr könnt doch nicht im Ernst glauben, daß Unternehmer - bloß weil man sie Arbeitgeber nennt - nichts Besseres zu tun haben, als Euern Lebensunterhalt zu sichern. Seit wann wird denn hierzu-  
20 lande produziert, damit es den Leuten gutgeht?! Dann könnten wir ja gleich unsere soziale Marktwirtschaft zumachen, und Ihr müßtet Euern Krempel selber planen.

Es kann doch wirklich nicht so schwer einzusehen sein - eure Gewerkschaft hat es längst begriffen: Wenn Ihr sichere Arbeitsplätze wollt, dann müßt Ihr damit rechnen, daß Ihr von Zeit zu  
Zeit mal rausfliegt - wenn's sein muß, auch massenhaft.

Euch liegt viel an anständigen Regierungsmannschaften in Düsseldorf und Bonn. Die habt Ihr. Nehmt bitte zur Kenntnis, daß Eure Staatsmänner nicht dafür da sind, Euern Lebensunterhalt zu  
25 garantieren. Hier herrscht Freiheit, merkt Euch das! Was das heißt, hat Kollege Bangemann neulich - vielleicht etwas rüpelhaft - auf den Punkt gebracht: Wohlfahrtsstaat ist Sklaverei!

In einem Punkt sind wir Demokraten uns auf alle Fälle einig: Standortgarantien für Stahlarbeiter-Familien können wir als Staatsmänner nicht geben. Das ist doch gerade der Witz: Wenn die  
30 Krupp-Manager ausrechnen, daß Rheinhausen sich nicht mehr lohnt, dann ist es ihr gutes Recht, den Laden dichtzumachen. So haben wir das mit unserer gesetzgeberischen Gewalt festgelegt. Deswegen sind wir gegenüber wirtschaftlichen Sachzwängen, gegen die wir ohnehin nichts haben, immer so schön ohnmächtig.

Versteht uns richtig, es ist völlig in Ordnung, daß Ihr Euch an uns wendet. Genauso soll es sein: Ihr sollt uns um Trost, Verständnis und Unterstützung anbetteln. Jemand anders kann Euch  
35 nämlich sowieso nicht helfen. Wir haben schließlich die Macht im Lande.

Daß Ihr Euch selber helft und unser schönes Wirtschaftssystem mit seinem unverzichtbaren sozialen Frieden womöglich durcheinanderbringt, kommt schon überhaupt nicht in die Tüte. Falls  
Ihr Euch allzu bockig aufführt und uns bei der sozialfriedlichen Abwicklung der Rheinhausen-

Affäre unnötige Schwierigkeiten macht, könnten wir durchaus auch andere Saiten aufziehen. Bei der freundlichen Tour unserer Polizei muß es nämlich nicht bleiben.

5 Denn die Macht wollen wir behalten, damit wir sie weiterhin zum Wohle unserer vielgeliebten Marktwirtschaft einsetzen können. Die Arbeiter vergessen wir dabei nicht - sie sind schon immer als Manövriermasse eingeplant gewesen. Dafür haben wir uns schließlich von Euch wählen lassen.

Apropos wählen - Wir machen Euch ein Angebot: Wem die Tour mit der volkswirtschaftlichen Vernunft am meisten einleuchtet, der darf den Bangemann wählen.

10 Wem das heuchlerische Getue ums "absterbende Revier" besser liegt, für den gibt's den Rau. Und wer von beidem ein bißchen schätzt und Politiker sympathisch findet, die "Abbeidder" waren, der kreuzt halt den Blüm an.

Eine wahrhaft freie Auswahl und das Schöne an ihr ist: Es kommt garantiert jedesmal dasselbe raus.

15 Gez.: Der Fromme, der Kleine und der Dicke

### **"STAHLARBEITER SIND VERWÖHNT!"**

20 Schon gewußt? Als Stahlarbeiter, die nicht mehr gebraucht werden, sollt Ihr es angeblich besonders gut getroffen haben. "Privilegiert" sollt Ihr sogar sein. Warum? Weil Ihr im Vergleich zu anderen Opfern "unserer" Marktwirtschaft, wie z.B. denen in der Textil- und Bauindustrie, nicht einfach mit Sozialplänen, sondern mit besonderen Edel-Stahl-Sozialplänen und ganz viel öffentlichem Trara abgeschoben werdet.

25 Dankbar sollt Ihr gefälligst sein. Warum? Weil Staat und Kapital mit Euch noch ganz anders umspringen könnten. Nämlich so, wie es bei uns sonst *üblich* ist.

30 Offenbar beziehen sich Eure "Privilegien" nur auf die Betreuungsabteilung Eurer Entlassungen. Der bescheidene Protest für Arbeit, den Ihr angemeldet habt, wird Euch auch noch als übertriebener Egoismus hingerieben. Auch eine Weise auszudrücken: "Ziert Euch nicht so! Wer entlassen wird, hat nur noch zu fragen, was dann für ihn vorgesehen ist - und zwar von oben! Jetzt dürft Ihr Euch schon aufregen, dann habt Ihr es aber auch gefälligst dabei zu belassen. Eure Anerkennung beruht gar nicht darauf, daß Ihr Euch regt, sondern darauf, daß wir Euch ein bißchen Aufmerksamkeit zollen. Also haltet jetzt auch gefälligst mal wieder die Schnauze!"

35 Rheinhausen und die Mullahs

### **NOCH EIN RETTUNGSVERSUCH**

800 moslemische Kruppianer aus Rheinhausen schrieben schon vor Wochen einen Bittbrief an die Ayatollahs in Teheran, sie möchten doch ihre 25,1%ige Beteiligung an der Krupp-Stahl AG benutzen, um die Schließung des Werks zu verhindern.

5 Jungs von Allah! Habt Ihr denn alles vergessen? Warum seid Ihr denn überhaupt hier? Warum müßt Ihr Euch denn überhaupt fern der Heimat nützlich machen? Doch wohl deshalb, weil Eure Ansprechpartner was besseres zu tun haben, als für Verhältnisse zu sorgen, in denen Ihr Euch ernähren könnt. Die führen nämlich z.B. einen Krieg.

10 Ihr habt wohl gehört, daß Eure Herren auf dem Weltmarkt zu Geld gekommen sind. Nur haben sie das sachgerecht und gergesehenermaßen bei Krupp arbeiten lassen. Und zwar nicht für Euch, sondern für ihre Belange. Und ausgerechnet die sollen Euch jetzt aus dem Schlamassel ziehen?

Blöder als das, was Eure deutschen Kollegen machen, wenn sie meinen, Kohl und Rau würden ihnen helfen, ist das sicher auch nicht. Bloß, der Fehler ist der gleiche, wenn jeder Knecht meint, seinen speziellen Herrn anrufen zu müssen.

15 Diese Schnapsidee stammt doch nicht aus dem Koran. Die habt Ihr doch aus dem tiefen Glauben ans Betriebsverfassungsgesetz geschöpft.

6. Aktionswoche in Rheinhausen:

20 ARBEITER BESUCHEN IHRE GEWERKSCHAFT - WARUM EIGENTLICH?

25 Was bringt die Rheinhausener Arbeiter eigentlich dazu, mit einem eigens dafür veranstalteten Auto-Korso zur Rhein-Ruhr-Halle nach Hamborn zu fahren, um den dort tagenden Funktionären ihrer Gewerkschaft einen Besuch abzustatten? Wie man hört, soll es sich dabei um einen "reinen Freundschaftsbesuch" handeln, und das heißt ja so viel wie: Ein Protest gegen die Politik der IG Metall ist im Programmablauf dieser Aktion nicht vorgesehen, und auch das erst neulich angefertigte Transparent mit der Aufschrift "Arbeiterverräter" wird in der Rhein-Ruhr-Halle keine Verwendung finden. Warum eigentlich nicht? Warum in aller Welt soll denn "Einheit" und "Solidarität" mit einem Verein angesagt sein, der mit seiner Politik längst klaggestellt hat, daß er mit den Interessen der Stahlarbeiter an Rhein und Ruhr nicht das geringste am Hut hat? Ist es nicht ein reichlich verkehrtes Anliegen, sich als "Betroffener" von denjenigen beklatschen zu lassen, welche die anstehenden Opfer in der Stahlindustrie für eine ziemlich ausgemachte Sachnotwendigkeit halten?

35 ***Massenentlassungen in Rheinhausen - dafür ist die Gewerkschaft immer zu haben***

40 Denn immerhin war es die nicht gerade geringe Zahl von 1800 Entlassungen, denen die Gewerkschaftsvertreter vor Ort als Konsequenz des von Krupp vorgelegten "Optimierungskonzeptes" längst ihre Zustimmung gegeben haben. Offensichtlich ist es denselben Leuten, die immer so gerne von dem "sozialen Elend" faseln, das mit der Arbeitslosigkeit "über die Menschen hereinbricht", kein Problem, an der Produktion eben dieser Arbeitslosigkeit verant-

wortlich mitzuwirken. Sie haben sich längst daran gewöhnt, im Aufsichtsrat, im Betriebsrat, eben in allen Mitbestimmungsorganen über jede "Optimierungsstrategie" des Unternehmens nachzudenken, die sie wohl deshalb, weil sie dabei mitwirken, für eine gemeinnützige Einrichtung halten. Jede Berechnung über verkäuflichen Stahl, über "vom Markt diktierte" Rationalisierungen, über "von der Technik" her erforderliche Arbeitsschichten ist ihnen geläufig. Daß ihre Argumente, daß ihr strategischer Einsatz für die Geschäftsnotwendigkeiten *gegen* die Belegschaft ausschlagen, wissen sie von Fall zu Fall genau. Bloß: Die Herren Bruckschen und Co hätten sich im Fall der im alten "Optimierungskonzept" vorgesehenen Entlassungen sicherlich nicht gescheut, diese als einen Beitrag zur "Sicherung der übrigen Arbeitsplätze" im Werk Rheinhausen auszugeben. (Eine Lüge übrigens, die, wenn sie z.B. von einem Herrn namens Bangemann geäußert wird, von Gewerkschaftern regelmäßig als "Zynismus" kritisiert und mit Empörung zurückgewiesen wird.)

### **Was sich mit dem Stilllegungs-Beschluß für die IG Metall geändert hat**

Jedenfalls nichts, wovon sich irgendei betroffener Stahlarbeiter in Rheinhausen etwas versprechen könnte. Daß Betriebsrat und Gewerkschaft gegen den Stilllegungsbeschluß der Firma Krupp so öffentlichkeitswirksam Sturm laufen, hat einen ganz anderen Grund: Die zuständigen Gewerkschaftsvertreter haben sich ganz einfach entschieden, *diese* Massenentlassungen nicht auf ihrem (Mit-)Verantwortungskonto abbuchen zu lassen. "Optimierungskonzept ja - Stilllegung nein" lautet deshalb die von der IG Metall ausgegebene Parole - gerade so, als ob die geplante Stilllegung des Werkes Rheinhausen nicht ebenso eine Folge des Kruppschen Optimierungskonzeptes wäre, dem sich die Gewerkschaft bislang so vorbehaltlos verschrieben hat. Ein ganzes Werk dichtmachen, das ist diesen Arbeitervvertretern zuwider. So sehr hängen sie an ihrer Überzeugung, daß Stahlunternehmen wie Krupp zur Arbeitsplatzbeschaffung erfunden worden wären. Personalkürzungen vertreten sie entschieden und geradeheraus, wenn sie dem Gerücht von der Erhaltung der übrigen Arbeitsplätze förderlich sind. Wenn die Tatbestände an diesen Schein absolut nicht mehr zu glauben gestatten, wird die IG Metall auch einmal radikal. Dann bezichtigt sie die Betriebsleitung des Verbrechens, kaltlächelnd und des Profits wegen ehrliche Arbeitsleute brotlos zu machen, bzw. - schlimmer - ihnen ihr gutes Recht auf Arbeit und damit die Würde vorzuenthalten. Dann möchte sie den frommen Glauben verbreitet wissen, daß sich die "notwendigen Strukturanpassungen in der Stahlindustrie" mit der gewerkschaftlichen Forderung nach "Erhalt aller Stahlstandorte" ganz vorzüglich in Einklang bringen ließen. Jedenfalls "im Kern", zumindest also "irgendwie"...

### **Auf die Solidarität dieser Gewerkschaft**

kann man also getrost pfeifen. Die mit Sicherheit auch in der Rhein-Ruhr-Halle zur Schau getragene Kritik der Gewerkschafter am "reinen Profitdenken" paart sich nämlich sehr realistisch mit dem Respekt vor dieser Notwendigkeit des Wirtschaftens.

Ganz im Einklang mit den besorgten Herrschaften in den politischen Ämtern wissen auch Gewerkschafter, daß nicht Krupp, sondern letztendlich dessen Konkurrenz zurechtgewiesen gehört. Ausländische Stahlunternehmen, die weiß Gott nichts anderes treiben als Krupp, dienen da

ganz gut zur Entlastung der Konzernherren des ‚eigenen‘ Unternehmens. Das ist so ‚eigen‘ wie deutsch. Die IG Metall versteht sich gut auf die Vertretung von Arbeiterinteressen: Wenn Arbeiter wegen der ‚Marktlage‘ und der ‚Überkapazitäten‘ gefeuert werden *müssen*, dann *sollen* es keine deutschen sein. So ähnlich denkt auch die Regierung und das Unternehmen, weil deutsches  
5 Geschäft vor fremdes geht und deutsche Arbeiter für deutsches Geschäft zu arbeiten oder zu stempeln haben.

In und um Rheinhausen läuft - wie man sieht - derzeit so ziemlich alles schief. Niemand kommt darauf, die untertänigen Fragen “Wie geht es weiter?” und “Was wird aus uns?” zu lassen und sich statt dessen einmal ernsthaft folgende Fragen zu stellen:

10 Was hat man davon, wenn einem Gewerkschaftsvertreter ständig verkünden, sie würden für die Betroffenen kämpfen und alles mögliche tun? Was halten sie wohl für unmöglich? Was ist eigentlich gewonnen, wenn der Betriebsrat mit den Krupp-Herren jetzt in aller Freiheit aushandelt, wieviele in Rheinhausen oder anderswo außer Brot gesetzt werden? Warum kann man  
15 eigentlich von Lohnarbeit so schlecht leben? Und warum lösen sich der ganze Betroffenheitsjammer und die öffentliche Anteilnahme immer nur in das Programm auf: Es lebe der Staat und die Wirtschaft, weil ohne sie nichts geht?

Was geht denn eigentlich *mit* ihnen?

### ***...und ansonsten wird diese Woche demonstrativ gearbeitet!***

20 So hat es der Betriebsrat in seinem Programm für die “6. Aktionswoche” angekündigt. Gegen diese “Aktion” der Krupp-Arbeiter hat sicher niemand was. Nicht mal Cromme und Co. Aber was haben die Arbeiter davon - außer der Arbeit?

Auf die Frage der BILD-Zeitung, ob denn “nun den Stahlarbeitern die Luft ausgehe”, hat es ein Betriebsrat folgendermaßen erklärt:

25 “Nein, wir haben noch viele Ideen. Diese Woche ist es jedoch ruhiger, um die Hochöfen mal wieder richtig durchzublasen. Sonst geht noch was kaputt, oder die Qualität unserer Produkte wird schlechter. Damit würden wir uns einen schlechten Dienst erweisen.”

Ob dem guten Mann da was in den Kopf gestiegen ist? Vielleicht waren die Betriebsräte in letzter Zeit zu sehr damit beschäftigt, ihren Kollegen anzusagen, was in Rheinhausen läuft  
30 (Betriebsversammlung? Fackelmarsch? Auto-Korso? Schicht?), daß der hier jetzt gleich so tut, als wäre er der Chef vom ganzen Betrieb. Als bestünde die Aufgabe der Arbeiter darin, sich um den Zustand der Hochöfen und die Qualität “unserer” Produkte zu sorgen. Das weiß er doch auch, daß das, was Krupp-Arbeiter produzieren, denen gar nicht gehört. Und ein Hochofen, an dem nichts kaputtgeht, ist auch alles andere als ein erhaltener Arbeitsplatz. Denn auch der gehört nicht den  
35 Rheinhausener Stahlarbeitern, sondern dem Unternehmen. Deswegen ist das übrigens in der Lage, mit ihm im eigenen Interesse zu kalkulieren - und wie diese Kalkulationen gehen, kriegen die Arbeiter ja gerade lebensnah vorgeführt. Ein Lohn für erfolgreiche Hochofen-Instandhaltung ist da bestimmt nicht vorgesehen.

40 Etwas ganz anderes haben die Arbeiter von ihrer Arbeit und dem Verantwortlichkeitsgetue ihrer Betriebsräte schon: noch ein bißchen mehr Anerkennung von all den Stellen, die in und um Rhein-

hausen was zu sagen haben. Bei denen findet die lauthals verkündete “ruhige” Aktionswoche genau die Sympathie, die der Betriebsrat haben will: Krupp-Arbeiter “eskalieren ihren Kampf nicht unnötig”; bei aller “berechtigten Empörung” lassen sie es am Respekt vor den wirtschaftlichen Interessen des Betriebs nicht fehlen. Wer mitten im Protest gegen seine beschlossene Entlassung nach wie vor an das große gemeinsame Boot glaubt, in dem alle Kruppianer sitzen, und dafür eine “Aktionswoche” lang demonstrativ arbeitet, der hat das Lob für seine “Besonnenheit” auch verdient. Kaufen kann man sich davon nichts - nicht mal einen sicheren Arbeitsplatz am Hochofen.

10

## **FEINE PERSPEKTIVEN**

### ***Krupp und Co entscheiden, wie’s weitergeht...***

15

daß nämlich das Werk Rheinhausen auf jeden Fall geschlossen wird. Die Herren im Vorstand sind das Theater allmählich leid, wollen sich aber andererseits gnädig geben! Die Ankündigung der Schließung ist begleitet von der etwas reißerischen Behauptung: “Kein Arbeiter muß auf der Straße stehen”. Darin steckt ein gutes Stück Spekulation auf eine gewisse “Erleichterung”: Nachdem ein paar Wochen lang das Schicksal von “6000 Familien, die auf der Straße stehen”, zum Herzerweicher der Nation aufgedonnert worden ist, kann jetzt ein bißchen Hoffnung geschürt werden - ”So schlimm wird es doch nicht kommen...”. Die Prüfung des “Angebots” erbringt freilich, daß die Herren nicht im Traum daran denken, an *ihren* Vorteilsrechnungen irgendwelche Abstriche zu machen:

20

25

- Erstens einmal stehen natürlich etliche Leute “auf der Straße”. Von mindestens 700 ist die Rede, die mit den sozialplanüblichen Abfindungen hinausbefördert werden. Aber das zählt im abgebrühten „Modell Deutschland“ ja schon zu den unvermeidlichen Kosten der “Sicherung der Arbeitsplätze”. Wenn’s nicht gleich in die Tausende geht, regt dieser “Kleinkram” keinen Menschen mehr besonders auf. Auf diese Art haben es die Kapitalisten der Nation seit letztem November - als der “Kampf um Rheinhausen” losging - geschafft, die Arbeitslosenzahl sang- und klanglos um 175.000 zu erhöhen.

30

35

- Das nächste Sonderangebot gilt denen, bei denen der Betrieb davon ausgeht, daß sie - weil etwas älter - ziemlich kaputt sind. Das Angebot des *Vorruhestands* ist schlicht und einfach eine Erpressung. Wer von den “Älteren” kann es sich denn wirklich leisten, auf einen Teil seines Lohns zu verzichten? Aber mit der Aussicht vor Augen, die Maloche los zu sein, kann man in diesem Verzicht auch wieder einen Vorteil entdecken. So bringen die Kapitalisten zweckmäßig - unter kräftiger Ausnutzung der Sozialkassen - die *Wirkungen* der von ihnen veranstalteten Lohnarbeit beim Arbeiter in Anschlag; er wird vor die Auswahl zwischen zwei *Schädigungen* gestellt: „Lohnverzicht oder Arbeit“.

40

- Der große Rest soll auf “*Ersatzarbeitsplätze*” im weiteren Umkreis verfrachtet werden. Es wird wohl keiner ernsthaft glauben, daß die Kapitalisten sich diese Arbeitsplätze plötzlich aus lauter

Freundschaft aus den Rippen geschnitzt haben. Es handelt sich um Arbeitsplätze, die die gelaufenen Rationalisierungen *ausnutzen*. Schließlich soll Huckingen die ganze Stahlquote von Rheinhausen übernehmen, aber keineswegs die ganze Belegschaft. In den neuen Werken kann man Arbeit *gebrauchen*, die man nun eben - statt vom Arbeitsamt - aus Rheinhausen billig bezieht. Die neuen Belegschaftspläne, mit denen Krupp, Mannesmann und Thyssen die Produktion in ihren verbleibenden Werken hochfahren wollen, liegen schon längst in ihren Schubladen. An ein paar Lohneinbußen und ein paar neue, sehr "fortschrittliche" Schichtsysteme wird man sich schon gewöhnen müssen.

### **...Die IG Metall kontert mit einem alten Hut: ihrer Jahrhundertforderung!**

Der Krupp-Vorschlag hat die IG Metall in helle Aufregung versetzt. Nicht, weil sie diesen Vorschlag für eine unverschämte Zumutung hält, sondern weil der *Vorstand* den Vorschlag gemacht hat. Dieses "Konzept" ist nämlich original ihr eigenes, ist das, worauf sie sich mit dem Vorstand nach zähem Ringen und nach dem Treffen beim Kanzler letztlich und mit einem tiefempfundenen "Leider" einigen wollte. Wieder einmal wäre dann mehr einfach nicht drin gewesen, aber immerhin das Optimale herausgeholt worden usw. usw.

Auch die Gewerkschaft geht von der Schließung aus; deshalb hat ihr Vertreter im Vorstand - der Arbeitsdirektor Meyerwisch - den Brief an die Politiker, der diesen Vorschlag enthielt, gleich mit unterschrieben. Als Anwalt der Betroffenen möchte die Gewerkschaft aber noch eine Zeitlang den Anschein aufrechterhalten, daß sie eine andere Position als der Vorstand vertrete. Ein bißchen künstliche Aufregung des Betriebsrats macht sich da ganz gut, wenn er über einen "ungeheuren Vertrauensbruch" zetet. Dem Vorstand muß der harte Vorwurf gemacht werden, die Belegschaft unnötig gegen sich aufzubringen der Betriebsrat kann es nämlich gar nicht leiden, wenn sich "die aufgebrachtten Kollegen zu unüberlegten Handlungen" hinreißen lassen. Die eigentlich wegweisende Perspektive packte die Gewerkschaft auf dem Treffen der Gewerkschaftsfunktionäre aus den Stahlstandorten aus: Die "eigentliche Rettung" der Stahlstandorte bestünde in einer konsequenten Durchführung des *gewerkschaftlichen Tarifkampfes* für kürzere Arbeitszeit! Da schau her: Neu ist die Idee mit der "35-Stunden-Woche" nun wirklich nicht mehr - aber im Lichte von Rheinhausen läßt sie sich ganz anders darstellen und verkaufen. So ein Zufall aber auch - ausgerechnet die 8000 Arbeitsplätze, die absehbar verloren gingen, würden durch die Einführung der 35-Stunden-Woche (bzw. mit dem üblichen "Schritt dorthin") exakt wieder "geschaffen". Und die Gewerkschaft ist sich nicht zu blöd, die Arbeitszeitverkürzung als einen Vorteil für die Gegenseite anzupreisen:

"Die 8000 Arbeitsplätze, die wir sichern, brauchen die Unternehmer nicht als Ersatzarbeitsplätze zu schaffen." (IGM- Vorstandsmitglied Zwickel in der Rhein-Ruhr-Halle).

Was der "Kampf für die 35-Stunden-Woche" wirklich geschaffen hat, nimmt sich etwas anders aus: *Nicht* mehr Lohn und *nicht* weniger Arbeit - dafür aber haben sich die neuen Schichtsysteme, die Arbeitszeitregulierungen nach Belieben der Unternehmer, der Zwang zur jederzeitigen Verfügbarkeit und der Abbau von Zuschlägen für die Mehr- und Schichtarbeit ausgebreitet. Flexibilisierung nennt man das, und die hat den Unternehmern in den letzten Tarifrunden ausgezeichnet gefallen.



5 Jetzt gibt es den alten Scheiß mit neuem Schwung. Die ganze Aufregung um Rheinhausen wird mit den höheren Weihen eines Tarifkampfes versehen; es wird der Anschein erweckt, als würde ein lokales Problem von der Gewerkschaft "verallgemeinert". Ein paar kräftige Sprüche sind auch schnell bei der Hand, wie: daß man sich nun "alle Stahlbarone vorknöpfen" wolle oder daß nun die "Solidarität sämtlicher Metall-Arbeitnehmer" für die Rheinhausener einstünde.

10 Gelogen von vorn bis hinten. Die Gewerkschaft will die Aufmerksamkeit für Rheinhausen ausnützen und sich mit ihrem "Jahrhundert-Beitrag" zur Gestaltung der nationalen Arbeitswelt wieder in den Vordergrund drängen. Dafür sollen in nächster Zukunft die Stahlarbeiter in Warnstreiks und Demonstrationen antreten - und die Rheinhausener Arbeiter kriegen dabei den Ehrenplatz und dürfen immer vorneweg für die "Radikalität", "Kampfbereitschaft" und "Entschlossenheit" das Symbol auf zwei Beinen abgeben. Wenn's nach der Gewerkschaft geht, war's das dann.

15